

Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Dezernat I, Kämmereiamt

Betreff:

**Projekt: "Bürgertreff Quartier am Turm
Rohrbach"**

- Vorstellung der inhaltlichen Gestaltung
- Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 31. Juli 2009

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Sozialausschuss	15.07.2009	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	16.07.2009	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	29.07.2009	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Sozialausschuss, Haupt- und Finanzausschuss sowie der Gemeinderat stimmen dem Projekt und den ermittelten Gesamtkosten von 100.000.- € für zwei Jahre zu. Das Projekt beginnt am 01.10.2009 und endet am 30.09.2011.

Für 2009 werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 12.500.- € bereit gestellt sowie für 2010 in Höhe von 50.000.- €. Die in 2011 benötigten Mittel in Höhe von 37.500.- € werden im Haushalt 2011 veranschlagt.

Die Deckung hierfür erfolgt jeweils aus dem Jahresübertrag des Amtes für Soziales und Senioren.

Sitzung des Sozialausschusses vom 15.07.2009

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.07.2009

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 29.07.2009

Ergebnis: beschlossen

Nein 2 Enthaltung 1

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 4	+	<p>BürgerInnenbeteiligung und Dialogkultur fördern</p> <p>Begründung: Mit der Einrichtung eines Bürgertreffpunktes im neuen Quartier am Turm in Rohrbach soll die Möglichkeit sich am Stadtteilgeschehen aktiv zu beteiligen und eigene Impulse zu setzen bewusst angeregt und gefördert werden.</p>
SOZ 3	+	<p>Ziel/e: Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern</p>
SOZ 4	+	<p>Verstärkte Quartiersarbeit über Zuwendungs- und Leistungsverträge mit Qualitätskontrolle</p>
KU 1	+	<p>Kommunikation und Begegnung fördern</p>
KU 5	+	<p>Kulturelles Leben in den Stadtteilen fördern</p> <p>Begründung: Im neuen Stadtteil soll das Miteinander durch gezielte Angebote und Teilhabemöglichkeiten bewusst gefördert und herbeigeführt werden. Darüber hinaus sollen Engagementmöglichkeiten offeriert und eine Identifikation mit den BürgerInnen vor Ort sowie das Einbringen eigener Fähigkeiten und Ressourcen angestoßen und gefördert werden. Durch einen Vertrag zwischen der Trägergemeinschaft und der Stadt Heidelberg, sowie regelmäßiger Treffen und Absprachen ist eine Qualitätskontrolle des Erreichten möglich und angedacht.</p>
DW 2	+	<p>Ziel/e: Ein aktives und solidarisches Stadtteilleben ermöglichen</p>
DW 4	+	<p>Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern</p>
DW 6	+	<p>Generationenbeziehungen und Generationensolidarität sowie das Ehrenamt stärken</p> <p>Begründung: Der Bürgertreffpunkt soll für alle Lebensalter offen sein. Der Stadtteil eignet sich für Generationenbeziehungen und ein solidarisches Miteinander insofern, als junge Familien, Menschen aller Altersklassen, sowie durch die Anlage des Betreuten Wohnens auch viele Ältere dort eine neue Heimat finden. Hier gilt es Integration und Teilhabemöglichkeiten zu forcieren, aber auch Eigeninitiative und Einsatz zu fördern, was letztendlich zu den oben genannten Zielen führt.</p>

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Ausgangssituation:

Seniorenzentren gibt es seit nunmehr nahezu 20 Jahren, sie sind aus der Versorgungslandschaft Heidelbergs nicht mehr wegzudenken und leisten nachweislich hervorragende Arbeit im Stadtteil.

Mit dem Entstehen der Mehrgenerationenhäuser und im Kontext mit den entsprechenden bundesweiten Projekten setzt sich die Verwaltung schon seit längerem mit der Frage auseinander, ob, und ggfs. wie sich die beiden Arbeitsansätze verbinden lassen.

Die Evaluation der Seniorenzentren vom Dezember 2008 hat verdeutlicht, dass der Austausch über unterschiedliche Generationen hinweg wünschenswert ist, solange er sich an den Bedürfnissen der Altersgruppen orientiert. Ein sehr sensibler Umgang mit der Fragestellung der Verbindung beider Arbeitsansätze ist daher Grundvoraussetzung.

Auch die Politik hat die Weiterentwicklung der Seniorenzentren respektive die Einrichtung von Mehrgenerationenhäusern bereits verschiedentlich thematisiert.

2. Seniorenzentren und Mehrgenerationenhäuser:

Arbeitsschwerpunkt und Ziel der Seniorenzentren ist es, durch ein breites Spektrum von Angeboten und Maßnahmen möglichst vielen alten Menschen ein selbstbestimmtes, selbständiges Leben, sowie die Teilnahme an der Gesellschaft im Alter zu ermöglichen.

Als Stadtteil orientierte Einrichtungen haben sie sich bewährt, ihre Angebote sind vielfältig, werden gut angenommen und stehen einer Personengruppe ab 55+ zur Verfügung (und damit auch generationsübergreifend).

Die tägliche Arbeit umfasst im Wesentlichen ein - niedrigschwelliges Beratungs- und Informationsangebot, die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten, die sozialräumlichen Vernetzungsarbeit, das Entwickeln und Vorhalten von Dienstleistungs- und Versorgungsangeboten - und vielfältigen sozio-kulturellen Angeboten, die die Menschen eines Stadtteils zusammenbringen und das Anbieten von Kontakt- sowie Begegnungsmöglichkeiten .

Alle Seniorenzentren arbeiten intergenerationell und bieten immer wieder entsprechende Projekte an (z. B. Handy- und Computerworkshops von SchülerInnen für SeniorInnen, Vorlesepatenschaften in den Schulen, Vorführungen bei Festivitäten...).

In Zukunft werden Generationen von Menschen ein höheres Alter erreichen. Dies geht einher mit einem neuen Selbstverständnis und anderen Ansprüchen und Bedürfnissen. Um auch ihnen ein Leben in Gesellschaft, ein Leben mit Teilhabemöglichkeiten zu ermöglichen, müssen bereits heute die Weichen in der Seniorenzentrumsarbeit weiter entwickelt werden. Laut der Evaluationsstudie vom Dezember 2008 ist dabei ein besonderes Augenmerk auf das Hinauszögern von Abhängigkeit und Pflegebedürftigkeit zu richten. Weitere, intensivere, kleinräumige Kooperationen sind verstärkt anzustreben und Strukturen zu schaffen, die ein längst mögliches Verbleiben in der gewohnten Umgebung fördern. Auf das verstärkte Einbeziehen der Nachbarschaft, das Übertragen von Verantwortung und die Schaffung guter Strukturen für Engagement ist hier besonders zu achten.

Die Bundesregierung fördert seit einigen Jahren die Umsetzung von Mehrgenerationenhäusern. Gemeint sind hier stadtteilorientierte Bürgertreffpunkte für interkulturelle und intergenerationelle Begegnungen, verbunden mit dem Auftrag, das Gemeinwesen weiterzuentwickeln, Beteiligungsmöglichkeiten für Engagierte zu bieten und den Stadtteil über Begegnung zu vernetzen. Bundesweit werden derzeit weit über 400 Mehrgenerationenhäuser gefördert und wissenschaftlich begleitet. Der Ansatz in der Arbeit ist z. T. recht unterschiedlich, in der Regel liegt jedoch der Focus nicht auf den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, sondern eher auf Familien, Kindern und Jugendlichen sowie vereinsmäßig engagierten Menschen von mittlerem Alter, die Räumlichkeiten suchen.

Gefördert werden Projekte, die folgenden Richtlinien, zumindest in Teilen entsprechen:

- a) Kooperatives und vernetztes Arbeiten,
- b) multifunktionale Nutzungsmöglichkeiten erarbeiten, koordinieren und umsetzen,
- c) eine integrative Nachbarschaft fördern,
- d) Gewinnung von Impuls- und Ideengebern sowie Engagementwilliger,
- e) Aufbau und Pflege von Kontakten und Netzwerken,
- f) Kontakt-, Teilhabe- und Begegnungsmöglichkeiten im Quartier schaffen,
- g) Angebotsentwicklung und -steuerung,
- h) Stiftung und Stärkung nachbarschaftlicher Beziehungen.

In Heidelberg betreiben die Diakonischen Hausgemeinschaften ein vom Bund gefördertes Mehrgenerationenhaus, das jedoch eine spezifische Ausrichtung hat (Inklusion behinderter Menschen in den Stadtteil) und damit keine tragfähigen Erkenntnisse für die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser im Sinne eines Bürgertreffs für alle mit sich bringt.

3. Bürgertreff Quartier am Turm

Herr Epple, Bauträger im neu entstandenen Quartier am Turm in Rohrbach, ist vor einiger Zeit mit dem Vorschlag an die Stadt Heidelberg herangetreten, mitzuhelfen einen selbst verwalteten Bürgertreff im neuen Areal zu verwirklichen. Er ist bereit, die Räumlichkeiten (ca. 100 qm +Terrasse) zu erstellen und sie per Schenkungsvertrag der Stadt HD zu übertragen. Die Stadt möge die Räume verwalten und dafür Sorge tragen, dass eine dauerhafte Nutzung im angedachten Sinn erfolgt.

Im Dezernat III wurde diese Idee aufgegriffen, weil wir darin die Chance sehen, im Rahmen eines Projekts, Erkenntnisse zu der Fragestellung inwiefern die beiden Arbeitsansätze zu verbinden sind, zu gewinnen.

Das Areal eignet sich in besonderer Weise, weil es in der Bewohnerschaft des neuen Quartiers eine breite Altersdurchmischung gibt. So leben dort sowohl junge Familien mit kleinen Kindern, Jugendliche und Paare mittleren Alters als auch zahlreiche Ältere, die in das Betreute Wohnen einziehen. Auf Grund der Neubebauung/Neuansiedlung gibt es keine gewachsenen Strukturen, so dass ein Interesse besteht, Angebote für sich und das Zusammenwachsen bzw. Kennenlernen zu entwickeln.

4. Trägerschaft

Die Stadt Heidelberg hat daraufhin alle Akteure des Stadtteils, darunter auch Bezirksbeiräte, zu mehreren Gedankenaustauschen eingeladen. Das Interesse war groß, es hat sich herauskristallisiert, dass vor allem drei Vereine und Verbände zu einer gemeinsamen aktiven Mitarbeit bereit sind. Sie sind bereits im Stadtteil aktiv und können, sich und ihr know-how in den neuen Bürgertreff einzubringen.

Es sind dies

- das Diakonische Werk, das das Seniorenzentrum Rohrbach, sowie einen Kindergarten in der Baden-Badener Str. betreibt,
- der neu gegründete Quartiersverein, der das Ziel hat, den neuen Stadtteil zu beleben und nachbarschaftliche Netzwerke zu knüpfen.
- sowie die Diakonischen Hausgemeinschaften, die vor Ort ein vom Bund gefördertes Mehrgenerationenhaus betreiben.

Alle Genannten haben großes Interesse signalisiert, in einer gleichberechtigten Partnerschaft den Bürgertreffpunkt zu begleiten. Der Vertragsentwurf für eine Trägergemeinschaft liegt vor und ist weitestgehend abgestimmt.

Auf Grund der bislang fehlenden Erfahrungen und mit Blick auf die Bedeutung für die weitere soziale und gesellschaftliche Entwicklung im gesamten Stadtgebiet halten wir eine befristete fachliche Begleitung des Projekts für notwendig und sinnvoll. (50% Fachkraft)

5. Kosten

Nach unseren Hochrechnungen fallen für die halbe professionelle Fachkraft (SozialarbeiterIn oder ähnlich geschultes Fachpersonal) und für Sach- und Betriebskosten pro Jahr 50.000.- € an, für den 2-jährigen Projektzeitraum also insgesamt 100.000.- €. Die Fachkraft wird für die Leitung des Bürgertreffs der Trägergemeinschaft zur Verfügung gestellt.

Hinzu kommen die Kosten für die Erstausrüstung, die mit ca. 60.000.- € angesetzt werden müssen. Die Trägergemeinschaft sowie die Stadt Heidelberg bemühen sich derzeit, Sponsoren und Geldgeber zu finden, die entweder Mobiliar oder z. B. eine Küche, ein Büro oder ähnliches zur Verfügung stellen, so dass sich die Kosten für die Erstausrüstung erheblich verringern und keine zusätzlichen Kosten für die Stadt Heidelberg entstehen.

Auf Grund des Erkenntnisgewinns für die künftige städt. Sozialpolitik, den sich die Verwaltung nach Ablauf des 2-jährigen Projekts erwartet, halten wir es für angezeigt, die laufenden Kosten für die Personalstelle, sowie die Sach- und Betriebskosten zu übernehmen, zumal die Trägergemeinschaft dies aktuell nicht leisten kann.

Die insgesamt hierfür benötigten Mittel von 100.000.- € für zwei Jahre Betrieb (danach sollte das Projekt in die tatsächliche Selbstverwaltung übergehen) sind in 2009 und 2010 jeweils außerplanmäßig bereit zu stellen, für 2011 ist eine entsprechende Veranschlagung im Haushalt vorzusehen. Die Deckung hierfür erfolgt jeweils aus den erwirtschafteten Überschüssen des Amtes für Soziales und Senioren.

Wir bitten um Zustimmung.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner